Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die täglich eingesandten Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(im Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 34. Donnerstag den 3. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Im Monat Januar lfd. J. erlangten das hiesige Bürgerrecht:

Angustin, Adolf Hermann, Telegraphen-Assistent,
Bolz, Theodor Friedrich, Schlossermeister,
Körsch, Andreas, Productenhändler,
Berger, Gustav Adolf, Postsecretair,
Bruns, Dr. phil., Ernst Heinrich, Professor,
Ehrlich, Carl Hermann, Schuhmacher,
Fuhr, Ernst Otto, Maurermeister,
Gerdtshausen, Dr. phil., Victor Friedr. Helm. Emil, Professor,
Geuser, Hugo Albrecht, Postsecretair,
Goldhammer, Freiherr Fürchtegott Adolf, Kaufmann,
Hoertig, Gustav Theodor, Lehrer,
Hennig, Paul Friedr. August, Kaufmann,
Hannsen, Rudolf Richard, Kaufmann,
Hartung, Adolf Eduard Maximilian, Buchhandlungsgehilfe,
Hartung, Franz Albert, Kaufmann,
Hartwig, Carl Jacob, Oberlehrer,
Hempel, Carl Gustav, Commis,
Heunenberg, Theodor Hermann, Kaufmann,
Hentschel, Julius Oskar, Amtsrichter,
Herbert, Carl Friedrich August, Kaufmann,
Herbicht, Ferdinand Carl, Kaufmann,
Hering, Carl Ernst, Lehrer,
Hermann, Theodor Heinrich, Fritzner,
Herre, Max Edmund, Kaufmann,
Hey, Carl Otto Wilhelm, Director an der königl. Baugewerkschule,
Heyer, Gottlieb Hermann, Notenstecher-Factor,
Hrtzl, Hermann Julius, Amtsrichter,
Hetzer, Richard Paul, Kaufmann,
Hiersemann, Carl Wilhelm, Buchhändler,
Hofmann, Ernst Emil, Lehrer,
Hofmann, Friedrich Otto, Lehrer,
Holfeld, Max, Klempner,
Hopf, Heinrich Carl Otto, Lehrer,
Horlbeck, Gustav Albin, Capitän,
Hornauer, Julius Ernst, Procurist,
Hornhauer, Friedrich Richard, Eisenhobler,
Hothorn, Georg, Kaufmann,
Hänigen, Julius Martin, Hofenhändler,
Hunger, Carl Georg, Kaufmann,
Humm, Carl Georg, Uhrmacher,
Hupfer, Max, Lehrer,
Koch, Christian August, Restaurateur,
Krech, Samuel, Kaufmann,
Müller, Friedrich Hermann, Lehrer,
Mücke, Max Paul, Buchhandlungsbesitzer,
Neumann, Carl Gottfried, Bahnhofsbuchhändler,
Paul, Carl Hermann, Lehrer,
Siegel, Max, Landgerichtsrath,
Richter, Adolf Robert, Restaurateur,
Thieme, Conrad Alfred, Kaufmann,
Vogel, Carl Gustav, Klempner,
Zschau, Ernst Gustav Adolf, Expedient beim Armenamt.

Bekanntmachung.

Zum Abfahren von Schnee und Eis in diesem Winter haben wir außer den in unserer Bekanntmachung vom 27. October vor. J. angewiesenen Plätzen noch die folgenden bestimmt:

1) die an der verlängerten Marschnerstraße gelegene Gerichtswiese, enthaltend Theile der Parcellen Nr. 2581 und 2582 des neuen Flurbuchs für Leipzig und einen Theil der ebenfalls zur Parcelle 2582 gehörigen Universitätswiese,

2) die an obige Wiese angrenzende Abtheilung III der Universitätswiesen,

3) die Abtheilungen IV, V, VII, X und XI der Rauschädter Viehweide, rechts vom Lenzscher Wege gelegen.

4) Abtheilung I und II der Universitätswiese.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 539. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zu den Schleußenreparaturen und Schleußenergänzungen in hiesiger Stadt für das Jahr 1887 erforderlichen Materialien an Graukalk, Stettiner Steincement, Thonrohren und Steinmetzarbeiten ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber ihrer Offerten hiermit entbunden.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 100. Dr. Georgi. G.

Nutzholzauction.

Freitag, den 4. Februar c. sollen im Forstrevier Burgau auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abtheilung 10 und 15 zwischen der Pluthrinne und der Wahrener Grenze, dicht am Leutzsch-Wahrener Fahrwege, von Vormittags 9 Uhr an

73 Eichen-
174 Buchen-
19 Linden-
15 Maßholder-
7 Eschen-
7 Ahorn-
12 Rüstern-
2 Apfelbaum- u.
4 Eltern-
} Nutzklöße und

30 Stück Schirrhölzer

unter den im Termin öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Des Raths Forst-Deputation.

Die Stelle eines ersten Kämmereiassistenten und Cassirers bei der hiesigen städtischen Verwaltung ist zum 1. Mai d. J. neu zu besetzen. Das jährliche Einkommen beträgt 2075 ℳ Gehalt, 135 ℳ persönliche Nebengebühren und 100 ℳ Zählgelder. Caution ist im Betrage von 3000 ℳ zu stellen.

Bewerber, welche die für eine solche Stelle erforderliche Ausbildung besitzen, werden aufgefordert, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis zum 15. Februar d. J. hier zu melden.

Eisenach, den 28. Januar 1887.

Der Vorstand der Residenzstadt:
Der Ober-Bürgermeister.
Dr. Eucken. N.

Bekanntmachung.

Der Preis für den in der zweiten Gasanstalt der Stadt Leipzig erzeugten Koks beträgt loco Gasanstalt II:

für den Hektoliter Steinkohlen-Grobkoks	1 ℳ	— ₰
„ „ „ „ Kleinkoks	— „	75 „
„ „ „ feinkleinerten Steinkohlen-Koks, sogenannten Meidinger-Koks	1 „	— „
„ „ „ Braunkohlen-Koks	— „	50 „
„ „ „ Steinkohlen-Kohlengrus	— „	25 „

Preis des Steinkohlen-Grobkoks und vom Grus bei Abnahme größerer Posten nach Vereinbarung.

Die Marken zur Koks- und Grus-Entnahme sind gegen Baarzahlung, soweit die Vorräthe an Koks ꝛc. reichen, im Bureau der zweiten Gasanstalt zu erhalten.

Zur größeren Bequemlichkeit des Publikums liefert die zweite Gasanstalt den Koks auch frei ins Haus Leipzig. Die Kosten hierfür betragen bei jeder Sorte 15 ₰ für den Hektoliter. Etwaige Bestellungen wolle man entweder mündlich oder durch die Post im Bureau der zweiten Gasanstalt, oder in der Rechnungs- und Cassenverwaltung der Gasanstalten, Ritterstraße 6, machen.

Auch haben wir bei dem Fuhrwerksbesitzer Herrn Mohr, Sidonienstraße 5, ein kleines Lager der obenbezeichneten Koksorten errichten lassen, so daß die Entnahme auch dort geschehen kann.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Eutritzsch. Für die hiesige Schulanstalt sollen für nächste Ostern 16 Stück neue Schulbänke, Kunze'sches System, ein Lehrpult und verschiedene Wandtafeln beschafft werden.

Diejenigen, welche gesonnen sein sollten, diese Bänke ꝛc. nach den hier aufgestellten Proben zu liefern, erhalten hierdurch Aufforderung, ihre Offerten bis zum

15. Februar dieses Jahres 5 Uhr Abends

verschlossen unter der Aufschrift

„Schulbänke Eutritzsch"

im Gemeindeamte hier abzugeben.

Eutritzsch, am 1. Februar 1887.

Der Schulvorstand.
Gemeindevorstand Thomas.
Vorsteher.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Es bestehen gegenwärtig zwei Strömungen, eine friedliche und eine kriegerische, von denen schwer zu sagen ist, ob die eine oder die andere die Oberhand behalten wird. Daß es eine Regierung in Europa giebt, welche die ungeheure Verantwortung für einen Krieg zu übernehmen kühn genug wäre, läßt sich mit Sicherheit nicht behaupten; daß aber sowohl in Frankreich als auch in Rußland eine Kriegspartei vorhanden ist, welche auf die öffentliche Meinung ihrer Länder einen sehr fühlbaren Druck ausübt, ist ganz unverkennbar.

Man weist auf deutschfreisinniger und ultramontaner Seite auf die Widersprüche hin, welche in unserem Verhältniß Frankreich gegenüber zu Tage treten, daß der französische Botschafter in Berlin, Herbette, von der deutschen Regierung mit derselben Zuvorkommenheit und Auszeichnung behandelt wird, wie der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, von der französischen, und daß man trotzdem in Berlin den Absichten des französischen Kriegsministers Boulanger mißtraut. Diese Widersprüche vertragen sich aber sehr wohl neben einander, weil nach Lage der Parteiverhältnisse in Frankreich die französische Regierung dem Kriegsminister Boulanger gegenüber machtlos ist. Wenn die „Neue Freie Presse" den gestern von uns mitgetheilten Artikel der „Post" unter der Ueberschrift: „Auf des Messers Schneide" eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs nennt, so beruht das auf einer vollständigen Verkennung der Thatsachen. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Franzosen auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche die Maßregeln ihrer Kriegsverwaltung dem europäischen Frieden bringen, und je offener wir mit unserer Kritik dieser Maßregeln herauskommen, um so leichter ist die Verständigung, um so eher sind etwaige Mißverständnisse auszugleichen. Viel größer würde die Gefahr sein, wenn wir uns darauf beschränkten, die Vorbereitungen der französischen Kriegs-Verwaltung ohne jede Bemerkung darüber aufmerksam zu beobachten und unsere Gegenvorkehrungen zu treffen. Damit wäre eine Art von stillschweigendem Zugeständniß der Berechtigung von Frankreichs Vorgehen ausgestellt, unter dem Vorbehalt, daß auch wir uns auf den Krieg vorbereiten. Da jedoch Deutschlands Regierung die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, daß die friedliche Strömung in Frankreich die Oberhand über die kriegerische erlangen werde, so geschieht Alles, um der friedlichen Strömung in ihrer Bethätigung Vorschub zu leisten. Wir wollen dem friedlichen Theil der Franzosen die Augen öffnen über die Tragweite Dessen, was Boulanger gegenwärtig thut; wir wollen ihnen zeigen, daß wir den Krieg zu vermeiden wünschen. Und das soll eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs sein? Von Berlin aus wird Boulanger den Franzosen nicht als Abgott ausdisputirt, das besorgen die Franzosen selbst. Wir haben im Gegentheil alle Ursache, der „Post" dafür, daß sie die Dinge beim rechten Namen genannt hat, dankbar zu sein. Wie die Dinge heute liegen, können die Franzosen nicht mit Recht behaupten, daß sie wider ihren Willen durch einen ehrgeizigen Mann Hals über Kopf in den Krieg hineingetrieben würden; sie sind ausdrücklich und rechtzeitig gewarnt worden, und sie haben es in der Hand, laut und energisch gegen die Kriegspolitik des Generals Boulanger Einspruch zu erheben. Wenn sie das unterlassen, dann sind sie mit Boulanger einverstanden, und die Verantwortung für Das, was in Folge der Maßnahmen der Kriegsverwaltung etwa geschehen sollte, fällt auf sie.

Es ist sehr nothwendig, den Franzosen gegenüber den wahren Sachverhalt schon jetzt, wo eine Umkehr noch möglich ist, festzustellen, denn die Erfahrung des Jahres 1870 hat gelehrt, daß man es in Frankreich liebt, die eigene Verantwortung für verhängnißvolle Unternehmungen vom ganzen Volk auf einen Einzelnen abzuwälzen. Auch im Jahre 1870 war das ganze französische Volk für den Krieg gegen Deutschland verantwortlich; als aber statt des gehofften Sieges eine Niederlage das Ergebniß des Angriffs war, erklärte Frankreich plötzlich, daß die Niederlage vom Kaiserreich verschuldet sei, daß aber die Republik den Versuch machen wolle, sie in einen Sieg zu verwandeln. Die französische Volksvertretung ist heute in der Lage, zu erklären, daß sie den Krieg nicht wünscht, denn an der Friedensliebe Deutschlands zu zweifeln, hieße den offenkundigen Thatsachen ins Gesicht schlagen. Die Kammer möge die Kriegsvorbereitungen Boulanger's verurtheilen und damit der Sache des Friedens einen werthvollen Dienst erweisen, dann ist die Welt von dem Alpdruck befreit, der gegenwärtig auf ihr lastet. Die „Neue Freie Presse" ist das anerkannte Organ der Deutschösterreicher; Oesterreich und Deutschland sind durch ein festes Bündniß mit einander vereinigt, also wäre es Pflicht der „Neuen Freien Presse", alle Schritte von deutscher Seite, welche der Sache des Friedens dienen, zu unterstützen, aber leider steht das einflußreiche Organ auf deutschfreisinniger Seite, auf einer Seite, welche die Gegnerschaft gegen das Septennat höher achtet als die Sache des europäischen Friedens. Man sieht auch an diesem Beispiel wieder, wohin es führt, wenn man das Partei-Interesse über die Gesammtwohlfahrt stellt. In dem Streben, für angebliche Volksrechte einzutreten, werden die höchsten Interessen des Vaterlandes thöricht aufs Spiel gesetzt, dem feindlichen Auslande die Vorstellung beigebracht, daß Zwietracht herrscht dem Feinde gegenüber, wo artigste Einigkeit ein einfaches Gebot der Klugheit wäre. Oesterreich-Ungarn ist gegenwärtig damit beschäftigt, den Landsturm zu einer im Kriegsfalle praktischen Einrichtung zu gestalten. Als die Landsturmvorlage den parlamentarischen Körperschaften in Oesterreich und Ungarn gemacht wurde, bestand nicht die Absicht, mit der Ausführung so zu eilen, aber die inzwischen eingetretene Spannung der allgemeinen Lage hat dahin geführt, die Organisation des Landsturmes schon jetzt zu bewerken. Die Rückwirkung, welche die deutschen Kriegsvorbereitungen auf Oesterreich-Ungarn üben, zeigt mehr als alle journalistische Schachzüge zu Gunsten Frankreichs, wie eng der Zusammenhang zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist. Der ungarische Ministerpräsident v. Tißza beruft sich zwar auf die Schweiz und auf Belgien, um die Vorsichtsmaßregeln Oesterreich-Ungarns zu rechtfertigen, aber in Wahrheit trifft Oesterreich-Ungarn Vorkehrungen, um im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich der dadurch veränderten Lage im Orient gewachsen zu sein.

Die Interpellation Iranyi's zeigte ganz, der wahren Sachlage entsprechend, den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Bewegung im Westen und im Osten. An die Frage, ob noch Vertrauen zwischen Oesterreich und Deutschland noch heute seine volle Kraft bewahre, schloß sich die Frage, ob die Regierung auch heute noch den Entschluß aufrecht erhalte, für die Unabhängigkeit der Balkanstaaten und die vertragsmäßig festgestellte Selbstständigkeit derselben einzutreten. Tißza antwortete sehr geschickt, indem er die Hauptsache, nämlich die Vorsichtsmaßregeln für alle Fälle betonte und das Verhältniß zu Rußland im Gegensatz zum deutsch-österreichischen Bündnisse unerwähnt ließ.

Es wäre unrichtig, diesen Verhandlungen in Wien und Pest die Bedeutung beizulegen, daß sie über Krieg und Frieden entscheiden; der Schwerpunct der Entwickelung liegt nach wie vor in dem Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich. Die Lage würde wahrscheinlich heute eine wesentlich friedlichere sein, wenn der deutsche Reichstag am 14. Januar das Septennat angenommen hätte statt des Stauffenberg'schen Antrages, und die Blicke der Franzosen sind mit höchster Spannung auf den 21. Februar gerichtet, als auf den Tag, an welchem es sich nach ihrer Auffassung entscheiden muß, ob Deutschland Frankreich vollkommen einig oder durch Partei-Interessen gespalten gegenübertritt. Die Franzosen haben kein Verständniß dafür, daß man, wenn das Vaterland in Gefahr ist, Parteiinteressen verfechten kann; in einem solchen Augenblick muß die gesammte Volkskraft auf einen Punct concentrirt werden. Thun wir das am 21. Februar!

Leipzig, 3. Februar 1887.

* Aus Berlin, 1. Februar, wird uns geschrieben: „Die Verzögerung, welche die Einladung des Abgeordnetenhaus-Präsidiums zur Vorstellung bei dem Kaiser und der Kaiserin erfahren — der Landtag ist bereits in der dritten Woche versammelt, das Abgeordnetenhaus seit vierzehn Tagen constituirt, das Herrenhauspräsidium schon zweimal vom Kaiser empfangen worden — hat die einfachste Erklärung gefunden. Wie der Kaiser selbst heute Nachmittag hier Ihr den Herren v. Köller, v. Benda und Freiherrn v. Heereman lachend mittheilte, war das Einladungsschreiben verlegt worden und verloren gegangen, wenigstens hat man bis jetzt noch nicht ausfindig machen können, unter welche andere Papiere es gerathen. Die — vergeblichen — Nachforschungen nahmen einige Zeit in Anspruch, und endlich mußte man sich entschließen, ein neues, zweites Einladungsschreiben an das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu richten. Der Kaiser, sehr wohl aussehend und von erfreulichster Rüstigkeit und Frische, empfing und begrüßte die ihn aus gleichen Anlässen längst bekannt gewordenen Herren mit herzlicher Freundlichkeit, an jeden einige besondere Worte privater Beziehung richtend. Im Verlaufe der Audienz, welche nur wenige Minuten währte, erwähnte der Kaiser auch die Auflösung des Reichstags und die Ursache derselben, die ihm sehr schmerzlich sei. Schon einmal vor langen Jahren habe er Aehnliches durchmachen müssen und damals habe erst ein auswärtiger Krieg den Streit beendet. — Im Uebrigen enthielten die Worte des Kaisers keinerlei politische Andeutung. — In der sich unmittelbar anschließenden Audienz bei der Kaiserin war selbstverständlich von Politik überhaupt nicht die Rede."

* Aus den verschiedensten Gegenden wird übereinstimmend berichtet, daß die oppositionellen Parteien im Volke den Glauben zu verbreiten suchen, bei dem Streit um Triennat und Septennat handle es sich um Beibehaltung der dreijährigen oder Einführung einer siebenjährigen Dienstzeit. Das gleichzeitige Auftreten dieser ungeheuerlichen Lüge an den verschiedensten Orten beweist, daß die Sache planmäßig und systematisch angeordnet ist. Sie stammt wohl aus dem Arsenal der fortschrittlichen Centralleitung. Zu welchem Grad der Verlegenheit und politischen Unsittlichkeit müssen Parteien herabgesunken sein, die mit solchen Mitteln wirken! Und selbst in den ernsteren und gewissenhafteren Blättern der oppositionellen Parteien wird man vergebens nach einer Aufklärung des Wahlers und einer Zurückweisung solcher Agitationsmittel suchen. Wenn etwas das allgemeine Wahlrecht bedrohen könnte, so wäre es die Wahrnehmung, daß weite Schichten unseres Volkes noch dermaßen politisch unreif und geistig ungebildet sind, um solchen über alle Maßen plumpen Verführungskünsten zum Opfer zu fallen. Wir sind überzeugt, daß die Aufklärung und Einsicht sich doch Bahn brechen und dann gegen die Verbreiter so empörender Lügen wenden wird. Die Parteien der bisherigen Reichstagsmehrheit aber sollten sich schämen, unserem Volk den Schimpf anzuthun, es für so beschränkt zu halten, um solche Mittel in Anwendung zu bringen. An manchen Orten, z. B. in Mülheim a. Rh., hat sich das Landrathsamt veranlaßt gesehen, die Bürgermeisterämter aufzufordern, eine Aufklärung dieses heillosen Schwindels herbeizuführen.

* Im preußischen Abgeordnetenhause hat am Freitag der Abgeordnete Dr. Windthorst abermals die falsche Behauptung wiederholt, daß in Frankreich und Oesterreich der Friedenspräsenzstand alljährlich vom Parlament festgestellt werde. Behufs Zurückweisung dieser Behauptung hebt die „Nationalzeitung" folgende Einzelheiten der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen hervor:

„Der Art. 2 des französischen Cadresgesetzes vom 13. März 1875 bestimmt: „Die Zahl und die Zusammensetzung der Cadres auf dem Friedensfuß und auf dem Kriegsfuß, ebenso wie die normale Effectivstärke an einfachen Soldaten, welche die Cadres auf dem Friedensfuß enthalten sollen, werden durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt. Die normale Effectivstärke für den Friedensfuß repräsentirt die Ziffer, unter welche der jährliche Durchschnitt des unter den Fahnen stehenden Effectivbestandes nicht heruntergesetzt werden kann. Sie dient als Basis für die jährliche Budgetschätzung und kann nur durch ein von den Finanzgesetzen unabhängiges Specialgesetz modificirt werden." Das Cadresgesetz bestimmt dann die Zahl der Regimenter, Compagnien, Depotcompagnien, die Zahl der Officiere, Unteroffiziere u. s. f. und die Zahl der Mannschaften in der Compagnie. Multiplicirt man die Zahl der Compagnien bezw. Regimenter mit den für eine Compagnie, ein Regiment festgesetzten Mannschaften, so hat man die Friedenspräsenzziffer, und zwar die Minimalziffer, unter welche der Kriegsminister nicht heruntergehen darf. Frankreich hat also das „Triennat".

Oesterreich hat ein Decennat, eine gesetzliche Heeresfeststellung. Nicht die Friedenspräsenzstärke des bei den Fahnen dienenden Heeres ist in Oesterreich durch Gesetz festgestellt, vielmehr die Kriegsrealenstärke des stehenden Heeres, d. h. der Mannschaften der Linie und der Reserve zusammen, im Gegensatz zu den Mannschaften der Ersatzreserve und des Landsturms. Das österreichische Wehrgesetz vom 5. December 1868 bestimmt in seinem §. 13 die Kriegspräsenzstärke des stehenden Heeres auf 800,000 Mann mit Giltigkeit bis Ende 1879; durch Gesetz vom 20. December 1879 ist dieses Decennat auf 10 Jahre bis Ende 1889 verlängert worden. Ueber die Wirkung dieser gesetzlich festgestellten Kriegsstärke auf die Friedenspräsenzstärke spricht sich der österreichische Staatsrechtslehrer Ullrich also aus: „Mit Rücksicht auf diese Kriegspräsenzstärke des stehenden Heeres und der Kriegsreserve ist das erforderliche Recrutencontingent auf beide Reichshälften zu repartiren. Durch die Feststellung dieser Kriegspräsenzstärke ist mit Rücksicht auf die Dauer der Wehrpflicht das Cadre- und Ausbildungssystem dieses Recrutencontingent indirect bestimmt; eine Veränderung oder Vermehrung dieses Contingents kann innerhalb des gesetzlichen Zeitraums (gegenwärtig bis Ende 1889) nur insoweit in Frage kommen, als der Kaiser dies für nothwendig findet. Dadurch ist dem Rechte der jährlichen Recrutenbewilligung, das dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage zukommt, eine objective Schranke gezogen. Die sich alljährlich wiederholende Feststellung des Recrutencontingents ist somit ein rein calculatorisches Geschäft."

Die „National-Zeitung" bezweifelt nicht, daß trotz dieser Constatirung der Thatsachen Herr Windthorst fortfahren wird, zu behaupten, daß „alle Parlamente" das Recht der jährlichen Feststellung der Friedensstärke haben.

* Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken zur Lage:

Das Streben, einer allzu düsteren Beurtheilung der allgemeinen Lage entgegen zu wirken, ist an und für sich ganz löblich. So lange der Patient am Leben sich befindet, soll der Arzt die Hoffnung auf Genesung nicht preisgeben; dieses Gleichniß mag auch auf den Weltfrieden passirt angewendet werden, nachdem allerdings unleugbare Symptome schweren Siechthums hervorgetreten, die in weiteren Kreisen der infectiösen Uebergangs Vorschub leisten, daß Europa mit unheimlich beschleunigtem Tempo dem Abgrunde des Völkerkrieges zugetrieben werde. So oft dergleichen weitverbreitete Ansichten an der Hand vergangener geschichtlicher Thatsachen ihre Rechtfertigung gefunden haben, wäre es doch ein eigen Ding, auf den heutigen Disposition der Menge analoge Schlußfolgerungen ableiten und behaupten zu wollen, der Ausbruch naher kriegerischer Verwickelungen sei einzig und allein um deswillen unabwendbar, weil alle Welt davon spricht und sich vor ihnen fürchtet. Andererseits läßt nicht geleugnet werden, daß mehrfache, in jüngster Zeit ergriffene Maßregeln, die halb aus diesem, halb aus jenem Grunde an das Licht der Oeffentlichkeit gelangen, den Gemüthszustand des Publikums bis zu einer bestimmten Grenze beeinflussen. Die Ursache davon aber liegt wiederum nicht in den betreffenden Maßnahmen an sich, sondern in der von Optimisten und Pessimisten getheilten Erkenntniß, daß die internationalen Beziehungen durch ebenso viele als schroffe Gegensätze zerklüftet werden, und daß alle Bemühungen der Diplomatie seit geraumer Jahren vergeblich gewesen sind, hierin einen gedeihlichen Wandel zu schaffen. Gewiß ist Niemand aus aufrichtigerer Ueberzeugung, mit ehrlicheren Gesinnungen und mit größerer Uneigennützigkeit und Selbstverleugnung für Erhaltung und Kräftigung des europäischen Friedens eingetreten als Kaiser Wilhelm und sein Kanzler. Mehr als eine Kerbe ist, Dank den Bemühungen des „ehrlichen Maklers", unschädlich gemacht worden. Aber selbst Fürst Bismarck hat sich dem entrüsteten deutschen Reichstage gegenüber zu der unumwundenen Erklärung bewogen gefunden, daß alle seine auf Beruhigung Frankreichs gerichteten Bemühungen „love's labour lost" gewesen sind und daß wir uns auf einen neuen Kampf mit dem auf der Lauer liegenden Todfeinde im Westen gefaßt halten müssen, einen Vernichtungskampf, der möglicherweise schon binnen zehn Tagen losbrechen, aber auch noch zehn Jahre auf sich warten lassen könne. Und unter dem fortdauernd nachhallenden, ja eher stärker als schwächer werdenden Echo dieses Warnungssignals begann es sich, daß immer weitere Kreise Verständniß für den vollen Ernst der Situation gewinnen, welcher durch immer neue bedrohliche Thatsachen verstärkt und unserem Volke eine von Tag zu Tag dringlichere Mahnung wird, sich bei Zeiten der „Wolkensäulen" zu erwehren, die, unter falscher Flagge segelnd, mit ihren Planken doch nur unsere nationalen Daseinsbedingungen rammen.

* Aus Posen, 1. Februar, wird uns geschrieben: „Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die polnischen Socialisten Derengowski und Kasprzak, welche angeklagt waren, durch Verbreitung von Druckschriften die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber in gefährlichster Weise aufgereizt und den öffentlichen Frieden dadurch bedroht zu haben. Hauptagitator war der Dachdecker Kasprzak, welcher auch während der ganzen Verhandlung ein höchst freches Wesen